

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 54.

Berlin, Mittwoch, 7. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der „Standpunkt“ der Regierung. — Simulanten in Krankenkassen. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Zum Gedächtnis von Paul Langerhans. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeile. — Anzeigen-Teil.

Der „Standpunkt“ der Regierung.

Als am Sonnabend im deutschen Reichstage der Schatzsekretär Dr. Sydow seine Rede mit den Worten begann: „Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkte...“, da donnerte eine Lauffalbe durch den Sitzungssaal des höchsten Rates der Nation. Präsident Graf Stolberg wollte dem Sturm Einhalt gebieten durch heftiges Schwingen der Glode. Das Zeichen der Präsidentenwürde wurde aber so unwillig über diese Festigkeit, daß es den Dienst verlor. Der Klöppel sprang zur Glode heraus, der fest genietete Handgriff trennte sich ebenfalls von dem manuellen Läutewerk und der Glode kumpf pflog in weitem Bogen in den Saal hinein. Die Wände gitterten von den immer sich wiederholenden Ausbrüchen stürmischer Heiterkeit. Der „Standpunkt“ der Regierung — das war die Ursache des prasselnden Lachens und des Glodenbruchs!

Wer von seinem „Standpunkt“ spricht, will seine grundsätzliche Stellungnahme begründen. Das ist allerdings ein schwieriges Ding, wenn dieser „Standpunkt“ Tag um Tag ein anderer wird. Die Reichsregierung hatte durch ihren Leiter, den Reichskanzler, erklären lassen, daß sie sich einer Mehrheit aus Zentrum und Konservativen bestehend, nicht beugen würde und nur eine Finanzreform annehme, an der die Liberalen mitzuwirken in der Lage seien. Hierfür sei Hauptbedingung die Annahme der Regierungsvorlage über die Erweiterung der Erbschaftsteuer. Der Reichstag hat indes mit eben jener Mehrheit die neue Erbschaftsteuer abgelehnt und ist trotzdem nicht aufgelöst worden. Die Regierung vertritt darauf den anderen, erst feierlich von ihr abgelehnten „Standpunkt“, daß sie die neuen Steuern auch ohne die Erbschaftsteuer und ohne Mitwirkung der Liberalen annimmt.

Der Reichskanzler will nun nicht mehr mit tun, und wartet auf seine Entlassung.

Die neue Mehrheit, die in der Presse als „schwarzer Block“ und im Reichstage als „Schnapsblock“ bezeichnet wurde, arbeitet mit Hochdruck. In einer einzigen Sitzung bewilligte sie 100 Millionen Mark neuer Steuern, die auf das Bier gelegt wurden. Noch vor 2 Jahren wurden dem Bier 40 Millionen Mark neue Steuern auferlegt, nachdem eine bierverteuernde Erhöhung des Zolles auf Brauersteine eben vorausgegangen war. Diese beiden Belastungen verteuerten die Bierproduktion um 2,70 Mk. pro Hektoliter. Die Kurse der Aktienbrauereien gingen erheblich herunter. Der Geldverlust an den Aktien der Brauereien im norddeutschen Brauereigebiet betrug 80 Millionen Mark. 57 Brauereien gerieten in Konkurs. Trotzdem wurden wieder 100 Millionen Mark neuer Steuern dem Bier zugeteilt. Das macht eine neue Verteuerung der Produktion um 2,50 Mark pro Hektoliter. Innerhalb von 3 Jahren hat mithin eine Belastung von 5,20 Mark pro Hektoliter Bier stattgefunden. Wieder wird eine Anzahl Brauereien in Konkurs geraten. Brauereien und Wirte können die Verteuerung nicht tragen, und so ist es denn der Konsument, vorwiegend der Ar-

beiter, der auch diese neue Last zu tragen hat. Den Letzten beißen die Hunde.

Dem Tabak erging es nicht anders. Nichts nützte es, daß mit Nachdruck darauf hingewiesen wurde, wie die neue Belastung des Tabaks zehntausende Arbeiter brotlos machen werde. 45—50 Millionen Mark soll der Tabak an neuen Steuern aufbringen. Als dieselbe Reichstagsmehrheit den unglücklichen Zolltarif bewilligte, suchte sie den Ingrimm der Arbeiter dadurch zu beschwichtigen, daß sie beschloß, die Lieberschüsse aus dem Zoll auf Brotgetreide seien zur Einrichtung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Finanzminister Miquel wies damals darauf hin, daß daraus wohl nichts werden würde, die Mehrheit wolle die Erhöhung des Getreidezolles doch nicht aus fiskalischen Gründen zur Erlangung höherer Zolleinnahmen, sondern um die Einfuhr fremden Getreides möglichst zurückzuhalten. Das werde auch die Wirkung sein. Zu Lieberschüssen würde es also daher wohl kaum kommen. Der kluge Finanzminister hat recht behalten. Die Arbeiter bezahlen die verteuerten Lebensmittel und müssen auch die Beiträge aufbringen, wenn aus der Witwen- und Waisenversicherung auch nur in der kümmerlichsten Form etwas werden soll.

Das Zentrum hatte diesmal wieder so ein Beschwichtigungsmittelchen zur Hand. Die infolge der neuen Steuererhöhung arbeitslos werdenden Tabak- und Zigarrenarbeiter sollen von Reich wegen unterstützt werden. Wenn es damit nur nicht so geht, wie mit der Schaffung der Witwen- und Waisenversorgung. Jedenfalls ist sicher, daß zahlreiche Arbeiter aus dem Tabakgewerbe ihre Arbeitsgelegenheit verlieren und ebenso sicher ist, daß die Verbraucher den Tabak und die Zigarren in Zukunft teurer bezahlen müssen, dahingegen ist es keineswegs sicher, daß die um ihre Existenz gebrachten Zigarrenarbeiter eine angemessene Unterstützung erhalten. Auch hier wird es heißen: Den Letzten beißen die Hunde!

Am dritten Tage der unermüdlichen Arbeit, die neuen Lasten dem Volke aufzuerlegen, wurde dann die neue Branntweinsteuer beschloß. Das war am letzten Sonnabend. Die Steuer auf Alkohol wurde von 70 bzw. 50 Mk. pro Hektoliter auf 125 bzw. 105 Mk. erhöht. Die Differenz von 20 Mk., die als Liebesgabe auch fürderhin in die Taschen der Schnapsbrenner fließen soll, wurde auf Antrag des Zentrums beibehalten. Grundgedanke der neuen Finanzreform ist also: Der arme Mann muß bezahlen, der reiche kriegt noch was zu.

Eine merkwürdige Rolle spielten hierbei die Arbeitervertreter aus den christlichen Gewerkschaften. Sie stimmten gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer, aber für die neuen indirekten Steuern und stimmten auch für die Weitergewährung der Liebesgabe an die Brenner! Diese Feststellung wird diese „Arbeitervertreter“ ärgern. Und sie werden schreien, die Gewerksvereine verletzen durch diese tatsächliche Feststellung ihre Neutralität. Laßt sie schreien. Die Wahrheit muß den christlichen Gewerkschaften gesagt werden. Die in diesen Gewerkschaften organisierten Arbeiter müssen erfahren, wie unsozial und unschrittlich ihre Vertreter im Reichstage hier gehandelt haben.

o. Simulanten in Krankenkassen.

Bei den Erörterungen über die Umgestaltung der deutschen Krankenversicherung ist auch vielfach auf eine gewinnstüchtige Ausnutzung der Kassen durch die Arbeiter hingewiesen. Seit Jahren will der Vorwurf nicht verstummen, daß der Arbeiter, besonders in Zeiten ungünstiger Geschäftslage, seine Kasse häufig als Arbeitslosenversicherung betrachte. Es heißt, er behaupte leidend zu sein, um mit Hilfe der ihm zustehenden Krankenunterstützung leichter über verdienstlose Wochen und Monate hinweg zu kommen. Eine derartige Vorpiegelung ist unter Umständen ein Betrugsvorwurf, der gerichtlich bestraft wird. Doch hat man noch niemals oder doch nur äußerst selten gehört, daß dem Staatsanwalt Gelegenheit gegeben wäre, gegen derartige Unredlichkeiten einzuschreiten. Bei den Millionen, die der gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen, muß das auffallen. Die große Seltenheit gerichtlichen Verfahrens gegen derartige Betrugsvorfälle steht in einem ganz auffallenden Gegensatz zu den immer wiederkehrenden und von den verschiedensten Seiten erhobenen Beschuldigungen. Entweder sind diese stark übertrieben oder die Kassenvorstände haben ihre Schuldigkeit veräußert, indem sie es unterließen, gegen die angeblich so zahlreichen und verhältnismäßig leicht feststellbaren Betrugsvorfälle den Staatsanwalt anzurufen.

Uebrigens richten sich jene Behauptungen von dem überhandnehmenden Simulantenum auch gegen die Kassenärzte. Sie bedeuten für diese stillschweigend den Vorwurf mangelnder Gewissenhaftigkeit, einer Unterfütterung betrügerischer Handlungen aus Nachlässigkeit oder mangelnder Berufsrichtigkeit. Denn kein Krankenfranker bezieht aus seiner Kasse eine Unterstützung, ohne vorher von dem Kassenarzt untersucht zu sein. Gehen diese Herren dabei gewissenhaft zu Werke und besitzen sie die nötige wissenschaftliche Bildung und praktische Erfahrung, so ist es nicht möglich, daß die Kasse betrogen wird. Behauptet man das trotzdem, so macht man den Ärzten den schwersten Vorwurf; und woher will man wissen, daß ein Kassenmitglied gesund ist, dem die Ärzte bescheinigten, es leide an einer Krankheit?

Also mehr Vorzicht mit derartigen Beschuldigungen der Arbeiter scheint durchaus notwendig zu sein. Schon aus Gerechtigkeitsgefühl, und um nicht noch mehr böses Blut zu machen, sollte man nicht ohne weiteres nachsprechen, was von manchen Leuten, die sich an den Arbeitern verärgert haben, oder ihnen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen gram sind, ohne sichere Unterlagen behauptet wird. Einzelfälle sollten nicht verallgemeinert werden. Es ist uns aufgefallen, daß auch die Dresdener Ortskrankenkasse in ihrem vor einigen Tagen erschienenen neuen Jahresbericht ohne Angabe von Tatsachen die Bemerkung macht, es würden bei Arbeitslosigkeit die Mittel der Kasse in ungewöhnlichem Maße in Anspruch genommen. Soll das heißen: betrügerisch in Anspruch genommen? — Es scheint so, denn der Bericht fährt in einem anderen Absatz fort: „Wenn auch nicht bekannt werden soll, daß vielfach die durch Arbeitsmangel in die Familien einziehende Not den Ernährer zu ungerechtfertigter Inanspruchnahme der Krankenkasse zwingen mag, so muß doch an den Gemeinfinn der Mitglieder mit dem Ersuchen appelliert werden, Krankengeld nur im Falle tatsächlicher Arbeitsunfähigkeit, nicht aber wegen Arbeitslosigkeit zu beanspruchen.“ Wir glauben, daß auch diese Mahnung der Dresdener Ortskasse von falschen Voraussetzungen ausgeht und der eigentlichen Ursache der früheren Inanspruchnahme der Kasse in stillen Geschäftszeiten nicht gerecht wird. Auch hier ist zu-

Dienstag, den 6. Juli 1909.

nächst wieder daran zu erinnern, daß die Erwerbsunfähigkeit doch von den Vertrauensärzten der Kasse nach vorangegangener Untersuchung bestätigt werden muß. Aber auch die Dresdener Ortskasse und wohl alle, die den Vorwurf des Simulanten-tums gegen die Arbeiter erheben, haben die sozialen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt, die den um seine Familie und sein wirtschaftliches Fortkommen besorgten Arbeiter zwingt, in günstigen Geschäftszeiten seine Arbeitskraft nicht brach liegen zu lassen. Uns sind zahlreiche Beispiele dafür bekannt — und wer den unteren Klassen persönlich und feilsch näher tritt, wird ähnliche Beobachtungen machen —, daß gewissenhafte Arbeiter, obwohl sie krank und oft selbst schwer krank waren, nicht zu bewegen waren, eine Kur zu gebrauchen oder überhaupt zum Arzt zu gehen. Sie verhielten sich auf die Zeit schlechter Konjunktur; jetzt wollten sie den guten Verdienst noch voll ausnützen und nicht auf farges Krankengeld gestellt sein. Diese Beobachtung kann man namentlich bei den Saisonarbeitern und -arbeiterinnen machen. Die Leute sind durch unsere sozialen Verhältnisse mit der immer kostspieliger werdenden Lebenshaltung einfach dazu gezwungen, einen guten Lohn solange als möglich auszunutzen, selbst auf Kosten ihrer Gesundheit. Auch fürchten sie, vom Arbeitgeber in der schlechten Zeit künftig nicht beschäftigt zu werden, wenn sie sich krank melden in einem Augenblick, wo die Bestellungen drängen und kaum zu bewältigen sind. So verhielten sie denn die Pflege ihres kranken Körpers, bis die Zeit des guten Verdienstes vorüber ist. Das scheint so ziemlich allgemeine Gepflogenheit zu sein und hieraus erklärt es sich, daß im Winter oder überhaupt in Zeiten schlechten Geschäftsganges die Zahl der Kranken und Arbeitsunfähigen bei den Kassen regelmäßig in die Höhe geht. Nach unserer Ueberzeugung spielt betrügerische Absicht hierbei eine weit geringere Rolle, als man vielfach annimmt. Die Erscheinung erklärt sich ganz natürlich aus unseren sozialen Verhältnissen.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

In welcher Weise Unfallverletzungen an den Augen entkündigt werden, ist eine Frage, über die in Arbeiterkreisen noch viel Unklarheit herrscht. Bekannt ist, daß für den völligen Verlust des Augenlichts auf ein Auge in der Regel eine Rente von 25—33% Prozent gezahlt wird, wenn nicht besondere Umstände für eine höhere oder geringere Rente sprechen. Unklar ist die Sachlage, wenn es sich um ein verletztes Auge handelt, das noch nicht völlig seiner Schkraft beraubt ist, wo also noch eine gewisse Sehschärfe vorliegt. Das gilt auch für diejenigen Fälle, wo zwar durch das noch nicht völlig seiner Schkraft beraubt ist, wo aber das zweite, nicht unversehrte Auge aus anderen Gründen in der Sehschärfe beschränkt ist. Ueber eine Sachlage dieser Art hat sich der 12. Referatsrat des Reichsversicherungsamts am 27. Mai d. J. eingehend ausgesprochen. Wir tun wohl am besten, wenn wir die Begründung des ergangenen Urteils hier wörtlich wiedergeben.

Es handelte sich dabei um einen Fall, in dem ein Arbeiter wegen eines staroperierten linken Auges eine Rente von 33% Prozent bezog. Die Berufsgenossenschaft hatte diese Rente auf 15 Prozent herabgesetzt. Der Arbeiter hatte beim Reichsversicherungsamt die Wiedererhöhung auf 33% Prozent beantragt und hatte zur Begründung dieses Antrages gleichzeitig noch angeführt, bei dem erlittenen Unfälle sei auch sein rechtes Auge verletzt und dadurch in seiner Sehschärfe beeinträchtigt worden. Der Senat entschied, daß eine Rente von 15 Prozent zu gering sei, eine solche von 20 Prozent aber als ausreichend betrachtet werden müsse. Er begründete das folgendermaßen:

Was zunächst das rechte Auge des Klägers betrifft, so ist bereits durch die Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 10. März 1908 rechtskräftig festgestellt, daß die auf diesem Auge bestehende geringe Beeinträchtigung der Sehschärfe, die überdies als ein mehrerer Schaden nicht in Betracht kommt, mit dem Unfälle vom 11. Januar 1907 in keinem ursächlichen Zusammenhange steht. In dem verletzten linken Auge ist aber seit der früheren Rentenfestsetzung nach dem einwandfreien Gutachten des Augenarztes Dr. Pfalz in Düsseldorf vom 18. August 1908, dem sich auch Sanitätsrat Dr. Schulke in seinem Gutachten vom 17. November 1908 angeschlossen hat, eine wesentliche, die Erwerbsfähigkeit erhebende Besserung eingetreten. Denn die früher beobachteten dichten Glas-Ärpertrübungen sind geschwunden, und das Pupillargebiet ist vollständig klar und von krankhaften Veränderungen im Augeninterieur frei geworden. Auch die Wölbung der Hornhaut, die ebenfalls im Pupillargebiet fast ganz klar ist, hat ihre regelmäßige Beschaffenheit beinahe völlig wiedererlangt. Insbesondere ist

aber nach allgemeinen Erfahrungen anzunehmen, daß der Kläger nunmehr geleicht hat, die ihm noch gebliebenen Hilfsmittel zur Erkennung der körperlichen Verhältnisse der Gegenstände in ausgiebiger Weise zu verwerten, und daß demgemäß eine nennenswerte Störung des Sehens durch das undeutliche Bild des linienlosen Auges nicht mehr besteht. Die anderweitige Feststellung der bisherigen Teiltrente von 33% Prozent ist somit in Anwendung des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes gerechtfertigt. Bei Bemessung der dem Kläger noch zu gewährenden Rente hat das Reichsversicherungsamt erwoogen, daß das rechte unverletzte Auge ohne Glas eine Sehschärfe von 1/4 der normalen und mit Glas eine fast normale Sehschärfe hat, daß also eine Minderwertigkeit des rechten Auges im erwerbslichen Sinne nicht besteht, und daß das Sehen der einseitig staroperierten keineswegs dem der Eingaugigen gleichzusetzen ist. Denn das linienlose Auge vermittelt immerhin eine entsprechende Erweiterung des Gesichtsfeldes nach seiner Seite hin, die als ein nicht zu unterschätzender Vorteil bei der Arbeit und bei der Orientierung zu betrachten ist. Der Umstand, daß die Bilder dieses Auges, wenn es nicht mit einer Starbrille versehen ist, sehr undeutlich sind, kommt nur wenig in Betracht, weil auch die Sehschärfe des normalen Auges in den seitlichen Teilen des Gesichtsfeldes nur gering ist, und es sich bei diesen nur um die Wahrnehmung von Gegenständen und deren Bewegungen im allgemeinen und nicht um die Erkennung feiner Einzelheiten handelt. Ein weiterer Nutzen des linienlosen Auges besteht darin, daß es bei kleinen, vorübergehenden Störungen im Gebrauche des anderen einigermaßen für das andere eintritt, so daß keine völlige Unterbrechung des Schaffens erfolgt. Endlich stellt es auch ein Heilverfahren vor, welches benutzt werden kann, wenn das andere Auge sein Sehvermögen ganz oder teilweise verlieren sollte. Dies ist namentlich dann von besonderer Bedeutung, wenn der Verlust durch eine von einem Unfall unabhängige Ursache herbeigeführt wird. Immerhin ist andererseits zu berücksichtigen, daß die zentrale Sehschärfe eines linienlosen Auges nur recht unvollkommen ausgenutzt werden kann, da es zum scharfen Sehen einer starken Konvergenz bedarf, die außerdem in verchiedenen Entfernungen verchieden scharf sein muß.

In Erwägung aller dieser Umstände hat das Reichsversicherungsamt die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kläger durch die noch verbliebenen Unfallfolgen in einem höheren Grade in seine Erwerbsfähigkeit geschädigt ist, als das Schiedsgericht angenommen hat, und deshalb im Gegenstände zu den Vorinstanzen eine Teiltrente von 20 Prozent für eine angemessene Entschädigung erachtet. Die Abweichung in der Schätzung des Grades der Erwerbsunfähigkeit um nur 5 Prozent rechtfertigt sich durch die Erwägung, daß es sich nach eingetretener Gewöhnung voraussichtlich nunmehr um einen Dauerzustand handeln wird. Hiernach war insoweit dem Refersur des Klägers stattzugeben.

Zum Gedächtnis von Paul Langerhans.

Seht Ihr den Alien noch — was sag' ich „Alter“? Ein ungebogener, jugendfrischer Mann. Der Freiheit nimmermüder Bannerhalter, Auf allen Wegen trug er's uns voran. Früh schon hat auf den Kampfplatz ihn getrieben Der wilde Sturm der Revolution, Und bis zuletzt ist Langerhans geblieben Der Freiheit und des Volkes treuer Sohn.

Nun hat man ihn zur Ruhestatt getragen, Der sich von uns zum ersten Mal getrennt, Die Wunde, die sein Scheiden uns geschlagen, Mit heißem Schmerz in jedem Herzen brennt. Das war ein Mann, der sich an allen Orten Voll regen Eifers pflichtgetreu erwieb, Zu Taten mahnte mit beredten Worten Und selbst dem Wort die Tat stets folgen ließ.

Wir sahen ihn mit innigem Bestreben Um seine Vaterstadt sich rastlos mühen, Zur Hauptstadt sie in Wirklichkeit zu heben, Auch seiner Arbeit dankt sie ihr Erblich'n; Der nie gezeitig nach äußerlichem Lohne, Kein Titel ward, kein Orden ihm verlieh'n, Stolz trug er die verdiente Bürgerkrone, Der schlichte Ehrenbürger von Berlin.

Wir sahen ihn, wie er mit edlem Grimme Im Parlament des Volkes Recht verkocht Und weithin schallend fürchtlos seine Stimme Erhob für alle, die noch unterjocht. Nur nach Gerechtigkeit ging sein Verlangen Und nach des Volkes Wohl in Land und Reich, Nicht soll der Schwache vor dem Stärkeren bangen, Vor dem Geleze seien alle gleich.

So sahen — nein, so seh'n wir ihn noch immer, Der uns noch führt durch diese wüste Zeit, Und der, verkürrt von lüchtem Ruhmeschimmer, Mit seinem Geiste uns Mut und Hilfe leiht. Ihm gelte unergänglich unser Lieben, Und nie vergessen sei das Mahnungswort: Nur wer sich selber immer treu geblieben Lebte im Gedächtnis seines Volkes fort.

Albert Träger.

Das Steuerermachen im Reichstage nimmt rasch seinen weiteren Fortgang. Die Parfümersteuere, die auch Seifen und Mundwasser treffen sollte, ist, nachdem sich der Schatzsekretär Dr. Zudom lebhaft dagegen gewendet hatte, vernünftigerweise abgelehnt worden. Die Regierungsvorlage über das Erbrecht des Staates für solche Fälle, wo nähere Verwandte des Erblassers nicht vorhanden sind, wurde wieder durch dieselbe Mehrheit, die auch die Erweiterung der Erbschaftsteuer schon zu Falle gebracht hatte, abgelehnt. Die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie stimmten für den Gesetzentwurf der Regierung. Die Beschützer des Geldsacks der Besitzenden, denen mit Recht vom Abg. Dr. Ablass vorgeworfen wurde, daß sie antizipal nur diejenigen belasten, die nichts haben, setzten ihren Willen durch. Die Herrschaften stützen sich auf den „Familienstamm“, der nicht verlegt werden dürfe. Mit Recht wurde ihnen entgegengehalten, daß der Familienstamm der Mehrheit nur darin bestehe, sich selbst Vorteile zuzuschänzen und anderen die Lasten aufzuerlegen. Die Vertreter der Christlichen und auch die Wirtschaftliche Vereinigung, zu der der Leiter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes gehört, stimmten gegen die sehr vernünftige Regierungsvorlage. Die Vertreter von Arbeitern und Handelsangehörigen stellten so etwas fertig bringen können, kann gar nicht ausgedacht werden. Das Parteinteresse steht diesen merkwürdigen Arbeitervertretern höher als das Interesse der Arbeiter und Angestellten.

Abgelehnt wurde dann auch die Weinsteuer. Gegen diese wendete sich, was auffällig ist, auch die Sozialdemokratie. Abg. Dr. David nannte die Weinsteuer den Nagel zum Sarge tausender von kleinen Existenzen. Der Wein müsse Volksgetränk werden! Nur die Schaumweinsteuer, die sich in der Hauptsache gegen Frankreich richtet, wurde angenommen. Die Sozialdemokraten und die bürgerliche Linke wandten sich deshalb gegen die Erhöhung der Schaumweinsteuer, die übrigens nur 1 Million Mark wert ergeben würde, weil die Gefahr besteht, daß sich Frankreich an uns rächen würde durch eine Erhöhung der Textilzölle. Frankreich hat dies auch bereits angedroht. Wir verweisen im übrigen auf unseren heutigen Leitartikel.

Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Für das Deutsche Reich hat der Reichstag im Frühjahr die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte geregelt und gewisse Milderungen herbeigeführt. Jetzt will auch die preussische Regierung dem Landtage ein diesbezügliches Gesetz unterbreiten. Gewisse Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln sollen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden, und deshalb auch nicht mit dem Verlust öffentlicher Rechte verbunden sein. Als Armenunterstützung soll nicht gelten die Gewährung freier Lehr- und Lernmittel, freie ärztliche Behandlung, freie Verabreichung von Arznei und Heilmittel, freie Aufnahme in eine Krankenanstalt. Die Gewährung aller dieser Unterstützungen soll ohne jeden Einfluß haben auf das aktive oder passive Wahlrecht. Alle anderen Unterstützungen dagegen sollen, wenn sie vorübergehend sind, den Verlust des passiven Wahlrechts zur Folge haben; das aktive Wahlrecht sollen nur diejenigen verlieren, die dauernd andere Armenunterstützung erhalten.

Die Frage der Lohnämter hat am Freitag erneut die Reichstagskommission für die Gewerbeordnungsnovelle beschäftigt. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung sollte dem Reichsanwalt, der Landeszentralbehörde oder den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilt werden, für bestimmte Gewerbegebiete, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl beschäftigt sind, Lohnämter einzuführen, die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein und unter einem von der Behörde ernannten Vorsitzenden stehen sollten, zu dem Zweck, Mindestarbeitszeit- oder Mindestlohnleistungen festzusetzen. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hat nun am Freitag wiederum erklärt, der Staat dürfe sich nicht an der Festsetzung der Löhne beteiligen. Die Kommission habe ihre Beschlüsse ohne Prüfung mit der öffentlichen Meinung, die in diesen Monaten von anderen Dingen in Anspruch genommen sei. Wolle die Kommission, daß die Gewerbeobelle zustande komme, dann müßten diese Beschlüsse wieder beseitigt werden. Die in Australien gemachten günstigen Erfahrungen könnten für unsere Verhältnisse nicht maßgebend sein. Die Heimarbeiter sollten die übrigen Arbeiter auf dem Wege der Organisation Tarifverträge abschließen und dadurch eine Bess-

ring der Lohnverhältnisse herbeizuführen sich bemühen. Die von verschiedenen Seiten dagegen gemachten Einwände, daß die Organisation der Gewerkschaften zu schwierig durchzuführen und deswegen eine Aufbesserung der Löhne durch diese nicht möglich sei, machten leider auf den Vertreter der Reichsregierung keinen Eindruck. Er begründete nochmals den ablehnenden Standpunkt der Regierung und erklärte die in 1911 auf die Lohnämter gefassten Beschlüsse für unannehmbar.

Die Debatte wurde noch nicht zu Ende geführt. Aber auch jetzt schon läßt sich leider mit Sicherheit sagen, daß die Errichtung von Lohnämtern, die ja erst kürzlich in England durchgeführt worden ist und auch bei uns sehr wohl möglich wäre, so gut wie ausgeschlossen ist.

Arbeiterbewegung. Der seit dem 22. März, also 15 Wochen andauernde Ausstand der Steinarbeiter in Striegau, an dem ca. 1000 Personen beteiligt waren, hat jetzt sein Ende erreicht. Ein Erfolg für die Arbeiter konnte nicht erreicht werden. Den Steinmeßern werden für Anbahnung des Werkzeuges 5 Prozent vom Lohne abgezogen, eine Härte, die auch die Ursache zu dem langen Streik war. — Günstigere Erfolge hatten die Steinarbeiter in Leipzig. Sie haben nach einem Ausstand von 8 Wochen erreicht, daß ein Tarif bis 1910 abgegeschlossen wurde, wonach der Stundenlohn von 72 Pf. auf 75 Pf. erhöht wurde. — In Karlsruhe (Baden) ist eine Lohnbewegung im Messergewerbe ausgebrochen. Die Meister haben es abgelehnt, mit einer Kommission zu verhandeln. — Die bei der Wasserbauinspektion in Hamburg tätigen Stakarbeiter der Unterelbe sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Sommerlohn von 430 Mk., und einen Winterlohn von 4 Mk.; desgleichen sollen die Affordräge erhöht und eine unentgeltliche Beförderung zur Arbeitsstelle stattfinden. — In Magdeburg ist eine Lohnbewegung unter den Holzarbeitern ausgebrochen. Sie verlangen Einführung der 53 stündigen Arbeitszeit, bisher 54 Stunden und 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, sowie einheitlichen Affordrags für alle Betriebe. — Die Arbeiter in Leipzig stehen in einer Tarifbewegung, während der Streik der Asphaltierer und Pappmacheder mit einem Erfolge für diese beendet wurde. — Der gewaltige Kampf im Baugewerbe in Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg hält noch an. Von der Ausrüstung betroffen und noch arbeitslos sind im ganzen über 12 000 Personen.

In Mühlbach in Baden stehen die Steinarbeiter im Streik. Ursache desselben ist die Willkür in der Lohnberechnung und in der Lohnauszahlung. Der Lohn wird bald 14 tägig, bald nach drei, vier und fünf Wochen, oder gar erst nach Monaten ausgezahlt. Das konnten die Arbeiter nicht länger ertragen. Alle Versuche, eine friedliche Verständigung herbeizuführen, sind leider gescheitert. Unser Ortsverein der Steinarbeiter, der dem Gewerkeverein der Bauhandwerker angehört, hat den für die Steinbrüche in Betracht kommenden 16 Arbeitgebern einen Tarifvertrag vorgelegt mit der Bitte, denselben zu prüfen und darüber möglichst bald eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen. Das haben die Arbeitgeber abgelehnt. Sie haben es ferner abgelehnt, den Vorschlag der Arbeiter, den Leiter der großherzoglich badischen Fabrikenspektion, Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Wittmann-Karlsruhe, zwecks Anbahnung einer Vermittlung zu empfangen. Der Gewerkeverein der Bauhandwerker hat in den letzten Jahren heftige Kämpfe durchzuführen gehabt, die große Summen erforderten. Bei dem Kampfe in Mühlbach sind obendrein eine größere Anzahl Indifferente zu unterstützen. Es wird daher notwendig sein, den kämpfenden Steinarbeitern helfend beizuhelfen, damit sie nicht in diesem gerechten Kampfe unterliegen. Wenn in diesen Tagen entsprechende Anforderungen an unsere Mitglieder gestellt werden, dann bitten wir rasch und reichlich zu helfen.

Die Verhältnismahl bei den Gewerbeberichten ist nach den neuesten Ermittlungen der Archivverwaltung des Bundes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gegenwärtig in 94 Gemeinden eingeführt. Da im Deutschen Reich im ganzen 445 Gewerbeberichte bestehen, bedeutet das nur wenig mehr als ein Fünftel. Die Orte, an denen die Verhältnismahl eingeführt ist, sind nun in ihrer vollständigen Zusammenstellung: Alfenstein, Ansbach, Aichaffenburg, Bamberg, Berlin, Bielefeld, Bodsch, Brandenburg a. S., Braunauwicia, Breslau, Bromberg, Bruchsal, Cöln a. Rh., Cöthen, Crefeld, Delmenhorst, Dessau, Dortmund, Dresden, Amtshauptmannschaft, Duisburg, Düsseldorf,

Eberswalde, Erfurt, Erlangen, Essen a. d. R., Eglingen, Flensburg, Forchheim, Forst i. V., Frankenthal, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Fürth, Geestmünde, Geislingen, Gelsenkirchen, Gießen, Glauchau, Gmünd, Gnesen, Göppingen, Görtlis, Hagen i. W., Halle a. S., Heilbrunn, Herford, Höchst, Hof, Kaiserlautern, Karlsruhe i. V., Mühlberg i. Pr., Konstanz, Kottbus, Kulmbach, Landau i. Pf., Leipzig, Neuenh. Rindenscheid, Ludwigslust, Ludwigsfelde, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Milpe, Minden, Mühlhausen i. Th., Mülheim a. Rh., Mülheim a. d. Ruhr, München, M. Gladbach, Neuz, Nürnberg, Offenbach, Esna- brück, Posen, Potsdam, Ludlinsburg, Radeberg, Ravensburg, Ratibor, Regensburg, Rößlau, Roth, Ruhrtort, Saalfeld, Schwelm, Schwemmer, Solingen, St. Ingbert, Stuttgart, Tutzingen, Ulm, Wiesbaden, Wirzburg.

Eine volksfeindliche Demokratie vertritt das sozialdemokratische Hamburger „Echo“ in seiner Nummer vom 24. Juni. Der Artikel trägt die Ueberschrift „Parteidisziplin und freie Meinungsäußerung“ und setzt u. a. auseinander, daß die hinter der Sozialdemokratie herlaufende Masse nichts verstehe von den wissenschaftlichen Streitfragen über das Programm der Partei. Man lese und staune:

„Nicht scheint mir der Ort für wissenschaftliche Streitigkeiten zu sein eine öffentliche Volksversammlung, nicht nur deswegen, weil eine solche von Gegnern befehrt wird, denen die Ausprägung wissenschaftlicher Meinungsbeobachtungen eine willkommene Gelegenheit geben würde über die bestehende Spaltung der Sozialdemokratie ein wohlfeiles Jubelgeschrei zu erheben, sondern auch deswegen, weil das Publikum einer Volksversammlung nicht das wissenschaftliche Kräftezeug besitzt um an einer solchen Diskussion sich mit Nutzen beteiligen zu können, ferner deswegen, weil die öffentliche Volksversammlung der Agitation der Bekämpfung der Gegner zu dienen hat.“

Die rechtsstehende Presse wird diese Neußerung gelegentlich gegen das Wahlrecht verwenden. Schon jetzt spotten die antisemitischen deutsch-sozialen Blätter, daß diese antidemokratischen Neußerungen ebenso gut auf Wahlen aller Art angewandt werden könnten, und so werde man es demnächst vielleicht noch erleben, daß die Sozialdemokratie eine Einschränkung des jetzigen Reichstagswahlrechts fordere, weil die Masse zu wenig gebildet sei, um die Punkte, um die es sich drehe, zu begreifen.

Es ist nicht das erste Mal, daß die sozialdemokratische Presse Wasser auf die Mühle der Reaktion liefert.

Nachkänge von der Hamburger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Hamburger Beschlüsse des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben in weiten Kreisen seiner Mitglieder starkes Mißfallen erregt. Das zeigt sich auch in den Versammlungen, wo die Delegierten ihre Berichte erstatten. Wie groß aber die Mißstimmung hier und da ist, das geht aus einem Bericht hervor, den die sozialdemokratische „Weimarer Volkszeitung“ über eine Versammlung in Jena bringt. Das genannte Parteiblatt, das den Deutschen Metallarbeiterverband zweifellos freundlich gegenübersteht, erzählt darüber:

Kollege Schiller-Erfurt als Referent verbreitete sich in ausführlicher Weise über die einzelnen Punkte, die in Hamburg erledigt wurden und gab seiner Entrüstung über die Art und Weise, mit welcher für die gesamte Arbeiterchaft hochwichtige Beschlüsse ihre „Erledigung“ fanden, oft in recht drastischer Weise Ausdruck. So hätte man bei Beratung einzelner Punkte die Wahrnehmung machen können, daß in den Verhandlungen und Kommissionen nicht mit jener Gewissenhaftigkeit gearbeitet wurde, wie sie einem demokratischen Kongreß eigen sein sollte. Hauptächlich seien es der größte Teil der Verbandsbeamten, sowie die Mitglieder des Hauptverbandes gewesen, namentlich Schilde, Reichel und Wastatz, die allen anderen, nur wenigen demokratischen Anschauungen huldigten. Keine Mittel wurden gesetzt, ihnen mißliebige Anträge zu hinterreiben und abzuwürgen, wie sie ebenso mit allem Eifer betreibt gewesen wären, für sich möglichst viel materiellen Vorteil herauszufischen. Ueber die Raiffeier konnte Kollege Schiller wenig berichten, da dieselbe im wahren Sinne des Wortes „abgemurrt“ worden sei. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Nachdem dies geschehen, hätten einige Gauleiter erneut ausgesprochen: „Gott sei Dank, daß wir das Ding los sind, die hat uns genug Ärger verursacht.“ (Lebhafte Witze.)

Fast noch schärfer war die Kritik, die der „Genosse“ Leber an der Hamburger Generalversammlung übte. Er führte nach dem genannten Blatte u. a. aus:

„Er habe den Antrag, Wahl eines Schriftführers aus der Mitte der Versammlung“ deshalb gestellt, um das Komödientenspiel, welches der Hauptvorstand mit den Mitgliedern treibe, nach Möglichkeit zu verhindern.“

(Hört, hört!) Kritik dürfe niemand mehr üben, und wer es dennoch wagt, wird mit allen Mitteln mundtot zu machen versucht. (Lebhafte Entrüstung!) Redner ging ausführlich auf die jetzt übliche „Berichterstattung“ des Hauptvorstandes ein. Die Frage Lebers, ob die Mitglieder mit der jetzt beliebten Berichterstattung des Hauptvorstandes einverstanden sein können, wurde unter lebhafter Entrüstung verneint. Des weiteren verbreitete sich Redner ausführlich über die bisherige Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung im allgemeinen, sowie über die des Deutschen Metallarbeiterverbandes im speziellen und zieht einen Vergleich zwischen dem Geiste, der früher die Metallarbeiter besetzte und dem, der heute beim Metallarbeiter gepflegt wird. Die ganze Tenenz gehe dahin, den Idealismus vollends zu verdrängen und an dessen Stelle den krassen Egoismus zu setzen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen traue Redner dem Hauptvorstande auch noch etwas ganz anderes zu. Ehemals waren einige Mitglieder desselben ultraradikal, z. B. Schilde, und heute wären sie imitande, für eine bessere Bezahlung überall Stellung zu nehmen. ... Überall wird der nackte Materialismus gepredigt, Geschäftsführer schematisch zum Diktandenschen präpariert, um sich, wie Kollege Dittmann-Hamburg mit Recht hervorhob, eine Prätorianergarde großzuziehen. Ihm, Redner, sei ein Fall bekannt, wo ein Geschäftsführer, der nicht mitmachen wollte, wie „oben“ beliebt wurde, gesellschaftlich geächtet wurde.

Danach muß es ja in Hamburg recht nett hergegangen sein. Denn wie mag erst die Kritik ausgefallen sein, die dort geübt wurde! Wir können uns nicht denken, daß das alles wahr ist, was hier den Führern des Metallarbeiterverbandes vorgeworfen wird. Es ist aber jedenfalls bezeichnend für die Mißstimmung, die unter seinen Mitgliedern herrscht, daß sie sich in dieser heftigen Weise Ausdruck zu verschaffen sucht.

Einen obligatorischen Arbeitsnachweis beabsichtigt der Verband Bayerischer Metallindustrieller für die Ortsgruppen Augsburg, München und Nürnberg zu errichten. Derselbe soll noch vor Herbst dieses Jahres ins Leben treten; die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

So verübt ein streng vertrauliches Rundschreiben des Geschäftsführers oben genannter Unternehmervereinigung, das die „Frank. Tagespost“ zu veröffentlichen in die Lage gekommen ist. Begründet wird die Errichtung mit den von den kommunalen Nachweisen drohenden Gefahren und der derzeitigen sozialpolitischen Situation. Das belagt genug! Die bayerischen Metallindustriellen, die sich schon längst einen nicht gerade rühmlichen Namen durch ihre Scharfmachereien erworben haben, wollen auch nicht um eines Saares Breite von ihrem Herrtentandpunkt weichen. Auch bei der Vermittlung der Arbeit sollen die Arbeiter beiseite kein Wortchen mitzureden haben. Ja noch mehr! Man will sich auf jener Seite unbedingt das Recht wahren, „mihligliche Elemente“ aus den Betrieben fernzuhalten, sie durch Söberhänge des Brotforbes gefügig zu machen. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß sie ihren Mitglidern ihre Absicht so „streng vertraulich“ mitteilen. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen.

Eine Heimarbeit-Ausstellung nach Berliner Muster wird am 9. Juli in Amst er d a m eröffnet werden. Die Vorbereitungen dazu haben längere Zeit in Anspruch genommen, als geplant war, weil es sowohl an Geld fehlte, als auch die Untersuchungen einen allzu langsamen Fortschritt nahmen. Jetzt aber haben, wie der „Soz. Brax.“ mitgeteilt wird, der Staat und mehrere größere Städte Hilfe geleistet, und auch von Privatpersonen und Vereinen sind beträchtliche Unterstüzungen zur Durchführung des Planes gewährt worden. Eine Erhebung, die das ganze Land und alle Zweige der Hausindustrie umfaßt, ist möglichst gründlich durchgeführt. Anfangs wurde versucht durch örtliche Ausschüsse Fragebogen ausfüllen zu lassen; jedoch scheiterte diese Absicht fast überall. Deshalb hat man später besoldete Personen für die Erhebungen angestellt, und von diesen sind bis jetzt rund 10 000 Heimarbeiter befragt worden. Es wird außerdem geplant, weitere 10 000 Fragebogen auszufüllen. Der Bericht über diese Erhebungen soll veröffentlicht werden. In der Ausstellung selbst werden die Gegenstände in der üblichen Weise etikettiert. Außerdem werden auch Werk- und Wohnstätten getreu nachgeahmt, und mehrere Arbeiter werden hier wie zu Hause ihre Arbeit ausüben. Eine reiche Sammlung von Photographien und vielen Abbildungen, von Künstlerhand in den Arbeitsstätten selbst hergestell, sollen Zeugnis ablegen von dem furchtbaren Elend, das in Holland wie überall die Heimindustrie mit sich bringt. Auch Bau- und Einrichtung der Ausstellung sind von Künstlern entworfen und ausgeführt.

Gewerkvereins-Teil.

Wörlitz. Ein erfreulicher Zuwachs ist hier für unsere Organisation zu verzeichnen. Nach einem Vortrag des Ortsvorstands vorliegenden Kollegen Stein über: Nutzen und Wert des Anschlusses an den Verband der Deutschen Gewerksvereine, beschloß der hiesige Ortsverein des Brauerbundes einstimmig, sich vom 1. Juli ab unserem Verbande anzuschließen.

Lauban. Hier selbst fand am 30. Juni eine Eisenbahnerversammlung statt, in welcher der Leiter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, unser Kollege Karl Goldschmidt referierte und zum Eintritt in den Gewerksverein der Eisenbahner aufforderte. Zwei Redner des Trierschen Verbandes mußten anerkennen, daß unser Verbandsvorsitzende für die Eisenbahner im Parlament so energisch eingetreten ist, wie kein anderer, vertreten aber im übrigen ihren Trierschen Verband. Das Resultat der Versammlung war, daß ein neuer Ortsverein der Eisenbahner (S.-D.) mit einer für den Anfang recht erheblichen Mitgliederzahl zustande kam.

Magdeburg. Am Sonntag, 4. Juli, nachmittags, fand hier eine bis zum Abend dauernde, zahlreiche besuchte Versammlung des Vereins der Magdeburger Bierbrauergesellen statt. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Frage, ob der Verein sich dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine anschließen solle. Unser Verbandsvorsitzender Kollege Karl Goldschmidt überzeugte die Versammlung, daß der Anschluß eine unabdingbare Notwendigkeit geworden sei. Der Vorsitzende der Versammlung und mehrere Mitglieder derselben bestürmten ebenfalls den Beitritt. In geheimem Abstimmung durch Stimmzettel wurde sodann mit allen gegen 2 Stimmen der Beitritt beschlossen. An der Versammlung nahmen auch Vertreter des Ortsverbandes und verschiedener Ortsvereine teil. Der Kollege Leopold wies darauf hin, daß er schon im Jahre 1872 bei der Organisation der Brauer im damaligen Gewerksverein der Brauer mitgewirkt habe. Es freue ihn herzlich, daß nunmehr sein langjähriger Wunsch in Erfüllung gehe und der Eintritt der Magdeburger Brauer in den Verband der Deutschen Gewerksvereine erfolge. Der Verein zählt 170 Mitglieder. Wir rufen demselben ein herzlich willkommen entgegen!

Spremberg. Der Ortsverband der hiesigen Gewerksvereine hatte zum 29. Juni eine Mitgliederversammlung einberufen, die sich eines guten Besuchs erfreute. Zunächst gab der Vorsitzende Kollege Bierhub einen Bericht über die Vorkarbeiten zum Agitationsfest der mächtigen und schließlichen Ortsvereine, welches am Sonntag, 11. Juli, in Spremberg stattfindet. Die Beteiligung verspricht in diesem Jahre noch stärker als in früheren Jahren zu werden, da schon bis jetzt über 500 Teilnehmer gemeldet sind. Kollege Bierhub ermahnte die Anwesenden, an diesem Tage sich ganz dem Feste und dem Empfang der zahlreichen Gäste zu widmen, damit diese einen recht guten Eindruck mit nach Hause nehmen. Darauf hielt Kollege Müller einen Vortrag über die Krankenversicherung in der neuen Reichsversicherungsordnung. Redner erörterte eingehend die geplanten Änderungen und wies auf die Nachteile hin, die daraus den Arbeitern erwachsen müssen. Besonders die Selbstverwaltung würde dadurch erheblich eingeschränkt werden, worauf sich die Arbeiter sofort unter keinen Umständen einlassen kann. Entschieden muß gefordert werden, daß die Krankenversicherungspflicht weiter ausgedehnt, die Angehörigenversicherung obligatorisch eingeführt und den Wöchnerinnen ein weitergehendes

Schutz geboten wird. Wegen der hohen Bedeutung des Gesetzes hat auch schon der Zentralrat in Verbindung mit den einzelnen Hauptvorständen dazu Stellung genommen und Leitfäden ausgearbeitet, welche den maßgebenden Instanzen zugeandt worden sind, um unsere Wünsche und Forderungen zur Geltung zu bringen. Zum Schluß fordert der Redner die Anwesenden auf, sich mehr als bisher mit den Versicherungsfragen vertraut zu machen und auch bei zukünftigen sozialen Wahlen zu versuchen, durch rege Beteiligung Vertreter in die Instanzen der Arbeiterversicherung zu entsenden. Der Redner erwiderte reichlich Beifall, worauf der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung schloß.

Verbands-Teil.

Bekanntmachung!

Die Ortsverbände und Ortsvereine im Königreich Sachsen werden ersucht, auf das Rundschreiben des Ortsverbandes Chemnitz, betr. Anstellung eines Beamten in Sachsen, eine baldige Antwort zu erteilen.

Der geschäftsführende Ausschuß.
F. A. Ant. Erkelenz.

Frauen-Vergünstigtaste des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Ausleitung über eingelangte Beiträge.

Fabrik- u. Handarbeiter: Bietich (2602) M. 3,12, Graphische Berufe u. Maler: Saabrüden 3,27, Porzellanarbeiter: Oberhausen 1,30, Dollmann (1451) 2,34, John (990) 1,54, Schneider: Dresden 0,25, Erlangen 7,54, Königsberg — 25, Herrmann (2978) 1,05, Schuhmacher und Lederarbeiter: Hauptstraße 2,73, Bromberg — 20, Kandel 19,24, Steintin 12,18, Leipsnig 12,25, Zeit 4,29, Breitweider (1174) 1,17, Birmanien 12,25, Töpfer: Duisburg 1,04. Summa 74,06 M.

Berlin, Juli 1909.

R. Klein, Hauptkassierer. F. Keulstedt, Hauptfortkollent.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandsbau der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Im Juli und August sollen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach dem 1. u. 2. u. 3. September. — **Gewerksvereins-Vereinstafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsrat No. 11.** Freitag, 9. Juli, abends 8 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Kollegen E. Jordan über: Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaftsordnung? Gäste willkommen. — **Wissenschaftlicher Distriktsrat Berlin.** Paderstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 10. Juli. Maschinenbau u. Metallarbeiter I.** Abends 8½ Uhr bei Richter, Bergstraße 69. Vortragsstunde über verschiedene Anlageneinheiten. Monatsbericht. Regulatorporto. — **Maschinenbau und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr, Fruchtstraße 36a. T.-D.: 1. Mitteilung, 2. Monatsbericht, 3. Unterhäftungsbesuch, 4. Vortrag, 5. Verchiedenes. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter X.** Abends 8½ Uhr bei Rehfeld, Köpenickerstr. 1, Versammlung. — **Maschinen-**

bau- und Metallarbeiter XII. Abends 8½ Uhr, Ortsversammlung bei Osw. Bestler, Brunnenstr. 143. Rohlenbestellung. Vortrag des Kollegen Körner über: Das Wesen und Wirken der kombinierten Ortsvereine. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XIII.** Abends 8½ Uhr bei Trantow, Schönhauser Allee 65, Betriebsversammlung. Vortrag des Kollegen Bieler: Wesen und Wirken der komb. Ortsvereine. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8-10 Uhr Jahlabend bei Rabau, Waldstraße 53. — **Kaufleute IV.** Mittwoch, 7. Juli, abends 9 Uhr, im Verbandsbau, Greifswalderstr. 221/223, Mitglieder-Vers. 1. Kassenbericht der Krankenkasse pro I. Quartal 1909. 2. Geschäftliches.

Leipzig. Deutsche Handelskassierer-Vereinstagung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats in Restaurant „Zum letzten Keller“, Einbebau, Eigenstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Magen (Distriktsrat). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Diskutierabend bei Reuther, Ecke Gansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, in Sittmanns Hotel, Wollstr., Diskutierabend. (Distriktsrat). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Faetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsrat).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderstr. Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Sagen u. Hagen (Distriktsrat).** Jeden Donnerstag, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Röln (Distriktsrat).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Elfergasse. — **Hamburg (Distriktsrat).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Faetor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distriktsrat).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hofenstump, Friedrich Wilhelmstraße, Diskutierabend. — **Milheim-Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterprüfung beim Bir Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsrat).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stummgebete Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weisnig a. S. (Gesangsabteilung der Gewerksvereine).** Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8½-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. — **Ladenscheid.** Sonntag, 11. Juli, nachm. 3 Uhr, Ortsverbandvers. im Lokal Jepsenfeld in Altena. T.-D.: I. Ortsverbandangelegenheiten. II. Definitiver Vortrag des Kollegen Ableung-Duisburg. — **Schwerte (Ortsverband).** Sonntag, 11. Juli, vorm. 10 Uhr, Wirtschaft „Zur Glocke“ am Markt, Vertreterprüfung. — **Braunenburg.** Sonnabend, 10. Juli, abends 8½ Uhr, Ortsverbandversammlung im Cyprium.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Dortmund (R. u. M. III). A. Hendrichs, Vorkämpfer, Jägerstr. 23. — **München-Grabbach-Heide (Ortsverband).** Joh. Sing, Schriftführer, Elfenstraße 8. — **Wörlitz (Orts- der Brauer).** R. Biedig, Vorkämpfer, Jägerstr. 84-86. Karl Lieber, Schriftführer, Bahnhofstraße 51, Robert Giesler, Kassierer, Emmerichstraße 9. — **Stettin.** Wilhelm Schröder, Ortsverbandskassierer, Elbfuhrstraße 24, Inker Aufgang, III. — **Hue und Umgegend (Ortsverband).** Karl Schmidt, Vorkämpfer, Haus Nr. 66, j.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein

Jahrgang 1908

auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer:

R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.

Ortlungen a. St. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei K. Sapper, Hauptstraße 48.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterhäftungs-B. Robert Gaentzer, Schramberg, Uhländstr. 18.

Ladenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgesamt befindet sich beim Sekretär Herrn Bartel, Köpferstr. 33.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerksvereiner beim Kollegen E. Fischer, Bauverein Nr. 35, Rothenbach i. Schl. Verbands-Vorberge: Gahnhof zum Klara-Schacht.

Essen (Ruhr). Derberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerksvereins-Bureau, Frohnhauserstr. 53.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterhäftung im Bureau, Röhlemerstraße 182.

Söln und Milheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Severinstraße 118 I.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Heftchrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerksrechtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Heftchrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.